



## Protokoll der Beratung vom 8. Juni 2006

### Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:	
1.	Herr Dr. Schemel	Linke.PDS	Frau Richter	Linke.PDS	Herr Weiße	DIII
2.	Herr Picl	Linke.PDS	Frau Wohlgethan	CDU/DSU	Herr Bischoff	amt. AL 40
3.	Herr Dr. Schmidt	CDU/DSU	Frau Konzack	SPD	Herr Warchold	AL 41
4.	Herr Strese	CDU/DSU	Herr Printschitsch	AUB	Herr Boese	Schulrat
5.	Frau Dr. Münch	SPD	Frau Breitschuh-Wiehe	B90/Grüne	Herr Lange	PR
6.	Herr Kaps	AUB	Frau Hofmann	FDP	Frau Orphal	Schulrätin
7.	Herr Dr. Fischer	B90/Grüne	Herr Bromundt	Behindertenbeir.	Herr Bretschneider	SL
8.	Frau Teich	FLC			Herr Pilzecker	KSB, 6. FöS
9.					Herr Waas	Beteiligungsvw.
10.					Herr Bauch	Beteiligungsvw.

### TOP 1. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der Reihenfolge geändert.

1. TOP 3.- Beschlussvorlagen
2. TOP 2.- Berichte und Informationen

In die Tagesordnung werden zusätzlich unter TOP 4.

- 4.2. Antrag Oberschule Sielow
- 4.3. Vorstellung Denkmalpreis der Stadt Cottbus

aufgenommen.

Im nichtöffentlichen Teil wird zusätzlich die Vorlage IV-074/06 „Übertragung kommunalen Vermögens an den Landkreis Spree-Neiße“ aufgenommen.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Protokollkontrolle merkte **Herr Dr. Schemel** an, das das vorherige Protokoll in der Wortwahl geglättet sei, er bittet bei der Formulierung um eine wörtliche Zitierung.

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung mehrheitlich bestätigt.

### I Öffentlicher Teil

#### 1. Bestätigung der Tagesordnung

#### 2. Beschlussvorlagen

- 2.1. II-015/06  
Neufassung der Satzung des Eigenbetriebes Jugendkulturzentrum Glad-House
- 2.2. II-016/06  
Bestellung des Werkleiters für den Eigenbetrieb Jugendkulturzentrum Glad-House
- 2.3. II-005/06  
Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2004 des Eigenbetriebes Jugendkulturzentrum Glad-House
- 2.4. II-017/06  
Zukunft der Cottbuser Gartenbaugesellschaft 1995 mbH

2.5. III-012/06

Ausweisung Sondervermögen „Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz“

### 3. Berichte und Informationen

3.1. Diskussion Thesenpapier – Schulen der Sekundarstufe I

3.2. Empfehlung Grund- und Förderschulen

### 4. Informationen, Anfragen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung

4.1. Information: Erweiterung der Messehallen, Herr Warchold

4.2. Antrag Oberschule Sielow

4.3. Vorstellung Denkmalpreis der Stadt Cottbus, Herr Sasse

## II Nichtöffentlicher Teil

### 1. Beschlussvorlagen

1.1. IV-074/06

Übertragung kommunalen Vermögens an den Landkreis Spree-Neiße

#### TOP 2.1.

**Herr Bauch** erläuterte den Inhalt der Vorlage.

**Abst.:**  
**8:0:0**

*Der Vorlage II-015/06 wird einstimmig zugestimmt.*

#### TOP 2.2.

Die Vorlage wurde von **Herrn Bauch** mit dem Hinweis vorgestellt, dass die Stellungnahme des Werksausschusses nachgereicht wird.

**Abst.:**  
**8:0:0**

*Der Vorlage II-016/06 wird einstimmig zugestimmt.*

#### TOP 2.3.

Die Vorlage wurde von **Herrn Bauch** vorgestellt und erläutert.

**Herr Piel** fragte an zu den Kassenbeständen. Herr Bauch erläutert dazu, dass die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt nach kaufmännischen Gesichtspunkten für die Jahre 2004/2005 durchgeführt wurde.

**Herr Dulitz** sprach die bauliche Substanz des Gebäudes an. Er betont, dass die Forderungen des Brandschutzes erfüllt sind. **Herr Strese** merkte an, dass es bei ständiger Feuchtigkeit im Mauerwerk zu einem Reparaturrückstau kommt. **Herr Warchold** sagte dazu, dass für 2006 bereits 80 T€ Planungsleistungen eingestellt sind.

**Herr Dr. Fischer** schlägt die Erstellung einer Übersicht der finanziellen Leistungen insgesamt vor. **Frau Dr. Münch** macht den Vorschlag, dass eine der nächsten Beratungen im Glad-House stattfinden soll, damit man sich von der derzeitigen Situation des Glad-Houses ein besseres Bild machen kann.

**Abst.:**  
**8:0:0**

*Der Vorlage II-005/06 wird einstimmig zugestimmt.*

#### TOP 2.4.

**Herr Waas** betonte, dass es bei dieser Vorlage nicht um die Gestaltung des BUGA-Parkes geht. Vielmehr geht es um die laufende Betreuung angesichts einer bis zu 25-jährigen Fördermittelbindung. Die CMT erledigt für die BUGA die geschäftlichen Aufgaben. Die Zusammenarbeit zwischen der CMT und der BUGA hat sich sehr positiv entwickelt. Die BUGA GmbH soll weiterhin als selbständige Gesellschaft existieren.

**Herr Dr. Fischer** spricht an, dass hier ausdrücklich ein Nachnutzungskonzept gewünscht wird. Dem wird von **Herrn Waas** widersprochen, da die Statusfestschreibung der Parkgestaltung freie Hand lässt. Die Frage wird gestellt: „Wer soll, wie soll der Park bewirtschaftet werden“?

**Frau Konzack** betont, dieses Areal ist auch Bestandteil des Branitzer Außenparks. Man spricht von der „Messe im grünen Meer“, sie spreche von einer Konfliktverschärfung. Es sollte im Zusammenhang gesehen werden und dazu ein Beschluss gefasst werden. **Herr Piel** äußert, dass es nicht sinnvoll wäre die BUGA aufzulösen, es geht doch hier

nur um die Rechtsform für die Bewirtschaftung. **Herr Dr. Schemel** kann die Argumente von Frau Konzack nachvollziehen. Eine Nutzung des LAUBAG-Pavillons durch das Museum der Natur und Umwelt wäre wünschenswert, so die Meinung von **Herrn Piel**.

**Frau Dr. Münch** spricht an, dass sie zu diesem Thema nicht ausreichend informiert ist. Als Vorschlag sollte im September eine Vorlage mit dem BUGA Nachnutzungskonzept vorgestellt werden. **Herr Waas** betonte, dass die vorliegende Vorlage mit dem Aufsichtsrat der BUGA abgestimmt wurde.

*Die Vorlage II-017/06 wird in die 2. Lesung verwiesen.*

**Abst.:**  
**7:1:0**

## **TOP 2.5.**

**Herr Warchold** stellte die Vorlage vor. Ein Einvernehmen aller Ämter wurde hergestellt.

*Der Vorlage III-012/06 wird einstimmig zugestimmt.*

**Abst.:**  
**8:0:0**

## **TOP 3.1.**

Die im Vortrag von **Herrn Bischoff** gezeigten Folien sind in der Anlage enthalten.

Im Zeitraum März bis Mai 2006 sind im Rahmen der Diskussion zur Novellierung des Brandenburgischen Schulgesetzes künftige Regelungen bekannt geworden:

- die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien mit der Folge einer Leistungsverdichtung
- Verschärfung der Aufnahmekriterien an den Gymnasien (Notensumme, Vergleichsarbeiten, Probeunterricht)
- fehlender Übergang von der Oberschule zum Gymnasium nach der Klassenstufe 10
- Schaffung der Schulform „Berufliches Gymnasium“ an den OSZ mit deutlichen beruflichen Profilen.

Diese Regelungen machen eine Überprüfung der derzeitigen Ziele Schulentwicklungsplanung hinsichtlich des Fortbestehens der Gesamtschule notwendig. Die bisherige Planung ist mit der Gefahr des Auslaufens der gymnasialen Oberstufe an der T.-Fontane-Gesamtschule verbunden. Damit würde den Schülerinnen und Schülern der Oberschulen einer von zwei Wegen zum Abitur genommen.

Der Erhalt der gymnasialen Oberstufe setzt wegen der Mindestschülerzahl eine breite Basis in der Sekundarstufe I voraus. Eine Dreizügigkeit, wie sie die jetzige Beschlusslage (als vorübergehenden Kompromiss im „Schülertal,“) vorsieht, ermöglicht keine stabile Sekundarstufe II. Eine Erhöhung dieser Zügigkeit kann nur zu Lasten anderer Oberschulen erfolgen, d.h. die Zahl der Oberschulstandorte müsste von drei auf zwei reduziert werden.

In der Abwägung der Standorte Sachsendorfer Oberschule, P.-Werner-Oberschule und Sandower Oberschule schlägt die Verwaltung vor, den Standort Sandower Oberschule zu Gunsten der T.-Fontane-Gesamtschule aufzugeben. Die Sanierung des Gebäudes sollte dann mit dem Ziel Grundschule erfolgen.

Das Ausschreibungsverfahren für das PPP-Projekt läuft derzeit, allerdings wäre im Juni noch die Möglichkeit, das Verfahren zu stoppen oder notfalls auch aufzuheben, ohne dass wesentliche finanzielle Nachteile für die Stadt entstehen. Eine Pause im Verfahren bis September würde aus jetziger Sicht zu einer Verzögerung der Fertigstellung um 1,5 Jahre führen.

**Herr Bretschneider** kann diesen Vorschlag nicht nachvollziehen. Die gesamte Integration in der Sekundarstufe I müsste von den restlichen drei Schulen übernommen werden, Unterricht wird dadurch unmöglich. Aus seiner Sicht ist das Gebäude für Grundschule nicht geeignet. Er plädiert für das Fortsetzen des Verfahrens und einer langfristigen Planung.

**Herr Strese** stimmt dem zu und unterstreicht nochmals die Ungeeignetheit der räumlichen Bedingungen (Raumhöhen, Treppen) für Grundschüler.

**Herr Dr. Fischer** erinnert an die 25jährige Bindefrist für das PPP-Modell. Aus seiner Sicht sind wegen der künftigen Bedingungen eher Probleme im Gymnasialbereich zu erwarten.

**Frau Dr. Münch** sieht die genannten Probleme der Durchlässigkeit, aber auch andere Möglichkeiten zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

**Herr Kaps** kann dem Vorschlag nicht folgen. Er sieht einen Zusammenhang mit dem Vorschlag zur 6. Förderschule/8. Grundschule.

---

Den Standpunkt der Schulräte erläutert **Herr Boese**. Alle vier genannten Schulen haben Probleme mit dem „Schülertal“ – die Sachsendorfer und die Sandower Oberschule wurden kaum angewählt, die T.-Fontane-Gesamtschule hat ein starkes Anwahlverhalten, das über die genehmigten drei Züge hinaus geht.

Im nächsten Jahr sind die gleichen Probleme zu erwarten, auch vor dem Hintergrund, dass Peitz und Drebkau ihre Oberschulen mit allen Mitteln erhalten wollen.

Der nach dem „Schülertal“ zu erwartende Anstieg wird ca. 20% betragen. Für Cottbus bedeutet dies in der Klassenstufe 7 einen Anstieg von derzeit 10 auf 12 Klassen. Daraus ergeben sich zwei mögliche Varianten: 4 Standorte mit je 3 Klassen oder 3 Standorte mit 4 Klassen, was eine deutlich größere Stabilität und Perspektive der Standorte bedeutet. Letztere Möglichkeit wird durch die Schulräte empfohlen.

Landesweit ist eine steigende Anwahl der Gymnasien zu verzeichnen, mit den genannten beschränkenden Maßnahmen will das Land dem entgegenwirken. Quereinsteiger von der Oberschule zum Gymnasium werden wegen der vollen Klassen an den Gymnasien eher Einzelfälle bleiben. Den Oberschülern bleibt nach der Klasse 10 nur das OSZ und die Gesamtschule für den Weg zum Abitur. Cottbus muss sich entscheiden, ob beide Angebote weiter verfügbar sein sollen, zumal die Cottbuser Gesamtschule bald die letzte neben der Sportschule in dieser Region sein wird.

**Herr Dr. Schemel** bemängelt die kurze Halbwertszeit der vorgelegten Planungen.

**Frau Teich** bemerkt, dass bei einer Umsetzung des Verwaltungsvorschlages zwei Grundschulen auf engstem Raum nebeneinander bestehen und ob hier eine weiter gehende Lösung denkbar wäre.

**Herr Picl** spricht sich gegen Fusionsgedanken aus und betont nochmals das Rückkehrrecht der Sandower Oberschule.

**Herr Weiße** stellt fest, dass die Äußerungen von Herrn Bretschneider nicht auf die Argumente der Verwaltung eingehen. Das Gebäude ist zu sanieren, dazu gibt es einen entsprechenden Beschluss.

Wenn in dieser Zeit Eltern die Gesamtschule verstärkt anwählen, sollte dieses Signal beachtet und diskutiert werden. Deshalb hat die Verwaltung heute diese Variante vorgestellt, auch weil zu diesem Zeitpunkt das Verfahren noch angehalten werden kann. Bis zum September können Positionen zur Zukunft des Standorts erarbeitet werden.

**Herr Kaps** erkundigt sich nach den Auswirkungen, wenn diesem Vorschlag nicht gefolgt wird.

**Herr Weiße** macht deutlich, dass für den Standort 8. Grundschule keine investiven Mittel der Stadt sowie Fördermittel Dritter zur Verfügung stehen. Für die 7. Grundschule und 6. Förderschule besteht ebenfalls Sanierungsbedarf.

Das staatliche Schulamt hat seit längerem die bestehende Lösung hinterfragt. **Frau Orphal** begrüßt das Vorliegen der neuen Variante. Aus Sicht der Integration benötigen alle weiterführenden Schulen mindestens drei Züge. Ein saniertes Gebäude bringt natürlich optimale Bedingungen für Grundschule, diese sind jedoch nicht vordergründig für den vorgeschlagenen Richtungswechsel.

Auf die Nachfrage von **Frau Dr. Münch** und **Herrn Dr. Schemel** zur Abstimmung mit dem Landkreis Spree-Neiße informiert **Herr Boese**. Der Austausch findet regelmäßig statt, der letzte Termin war am 11.5.2006. Demnach wird die Gesamtschule Burg/Spreewald wegen Schülermangels in relativ kurzer Zeit zur Oberschule. In Guben steht die Entscheidung zur Fortführung des Gymnasiums oder der Gesamtschule noch aus. Im Bereich der OSZ ist mit dem Landkreis SPN abgestimmt, dass die gymnasiale Oberstufe (berufliches Gymnasium) nur noch am OSZ I Cottbus angeboten wird. Hier stellt sich wieder die Frage, ob die Stadt künftig ein Schulsystem mit oder ohne Gesamtschule haben will.

**Frau Dr. Münch** plädiert abschließend für eine Diskussionszeit von 3 Monaten bis zum September. In diesem Zeitraum sollte das PPP-Verfahren ausgesetzt und Vorschläge für eine geänderte Schulstruktur erarbeitet werden.

## TOP 3.2.

Herr Bischoff stellt den um die letzten beiden Sätze ergänzten Vorschlag Grundschulen vor und bittet um Abstimmung als Empfehlung zur Aufnahme in den künftigen Schulentwicklungsplan.

**Abst.:**  
**4:2:0**

*Dem geänderten Vorschlag Grundschulen in der vorliegenden Form wird mehrheitlich zugestimmt.*

## Thesen Grund- und Förderschulen

Empfehlung:

Sachsendorf:

R.-Hildebrandt-GrS: ab 2008/09 Erhöhung der  
Aufnahmekapazität von 3 auf 4 Züge  
Regenbogen-GrS: ab 2008/09 keine 1. Klassen  
Auflösung 2011

Spremlinger Vorstadt:

18. GrS: ab 2008/09 Erhöhung der  
Aufnahmekapazität von 2 auf 3 Züge  
Fröbel-GrS: ab 2008/09 keine 1. Klassen  
Auflösung 2011

Die Schülerzahlentwicklung in den Stadtteilen ist jährlich zu prüfen, die Kapazitäten sind entsprechend anzupassen.  
Die Fragen der Schulwegsicherung sind zu beachten.

**Herr Bischoff** stellt den unveränderten Vorschlag der Verwaltung vor und bittet vor dem Hintergrund der unter TOP 3.1. geführten Diskussion keine Standortdiskussion zu führen. Auch zu diesem Thema sollte der Ausschuss im Rahmen der Abstimmung eine Empfehlung geben.

## Thesen Grund- und Förderschulen

Empfehlung:

Carl-Blechen-  
Grundschule

Förderschule  
für Sprachauffällige

eine Schule  
ein Standort

**Grundschule  
mit Förderschwerpunkt Sprache**

Dem Konzept der Bildung einer „Grundschule mit Förderschwerpunkt Sprache“ im Stadtteil Sandow wird zugestimmt.

**Herr Picl** begründet seine ablehnende Haltung, die Förderschule soll in der jetzigen Form erhalten bleiben.

Durch **Frau Orphal** werden nochmals die seit dem 1.8.2005 geltenden gesetzlichen Regelungen skizziert. Die Stadt Frankfurt/Oder beschreitet den gleichen Weg, Potsdam setzt weiter auf den Erhalt der Förderschule, allerdings sind stark sinkende Schülerzahlen zu beobachten. Mit zunehmender Anzahl der Flex-Grundschulen in den Umlandkreisen SPN, EE, OSL werden dort eigene Beschulungsangebote aufgebaut.

Auf Nachfrage von **Herrn Strese** zur perspektivischen Standortsicherheit einer 6.FöS/8.GrS sowie der Möglichkeit einer zweiten Förderklasse wird dies von **Frau Orphal** bestätigt.

---

In dem nachfolgenden Vortrag plädiert **Herr Pilzecker** für den Erhalt der 6. Förderschule. Kritisch äußert er sich zur Arbeit des staatlichen Schulamtes, der Sonderpädagogischen Beratungsstelle, dem baulichen Zustand der 8. Grundschule und dem Vortrag von Herrn Rittel in der vorherigen Ausschussberatung.

**Herr Weiße** hält dem entgegen, dass dieser Vorschlag der beiden Schulen fachlich geprüft und als funktionierend eingeschätzt wird.

**Frau Dallmeier** räumt ein, dass durch Informationsdefizite Verunsicherungen bei den Eltern eingetreten sind.

Die **Herren Kaps** und **Strese** kritisieren, dass durch die geplante Klassenbildung zum kommenden Schuljahr ihr Entscheidungsspielraum eingeengt ist.

**Herr Bromundt** informiert, dass der Behindertenbeirat das Konzept, aber auch die Lage und Ängste der Eltern kennt. Er stellt die Frage, warum das Konzept, wenn es als gut eingeschätzt wird, nicht umgesetzt werden soll. Er fordert eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit der beiden Schulleitungen.

**Herr Piel** beendet an dieser Stelle die Diskussion und lässt über den Vorschlag abstimmen.

**Abst.:** *Der Vorschlag zur Bildung einer Grundschule mit Förderschwerpunkt Sprache wird mit Stimmgleichheit abgelehnt.*  
**2:2:4**

## TOP 4.1.

Zur Erweiterung Messehallen sprach **Herr Warchold** an, dass der Schutz des Branitzer Parkdenkmales beachtet und die Position des Landesdenkmalamtes berücksichtigt werden wird. Weiterhin erfolgt eine naturschutzrechtliche Prüfung des Anliegens der CMT.

**Frau Konzack** betonte, dass auch 200 Parkplätze geschaffen werden sollen. Sie schlägt einerseits vor, ein Vor-Ort-Gespräch mit Herrn Koch von der CMT zu führen und andererseits Architekturstudenten der BTU zu bitten, denkmalgerechte Entwürfe für die Lösung der Problematik zu entwerfen.

**Herr Weiße** sagt, der Denkmalschutz hat Vorrang und schlägt zum gegebenen Zeitpunkt eine gemeinsame Beratung von Kultur- und Wirtschaftsausschuss vor.

**Frau Dr. Münch** merkte an, dass ein Bauantrag noch nicht eingereicht wurde. Wenn von Herrn Koch neue Informationen vorliegen, sollten weitere Gespräche geführt werden.

Bei einem Vor-Ort Termin, wäre es wichtig, dass Herr Pahl daran teilnimmt, ergänzt **Frau Konzack**. **Herr Dr. Schemel** fragt, ob es dazu ein Thesenpapier gibt. **Herr Piel** sagt, die CMT sollte die BTU (Studenten) mit ihren Vorschlägen einbeziehen.

## TOP 4.2.

Die Schulkonferenz der Oberschule Sielow beantragt schriftlich das Auslaufen der beiden 10. Klassen am Standort Sielow im Zusammenhang mit der Durchführung des Schulversuchs Oberschulzweig des Niedersorbischen Gymnasiums. **Herr Bischoff** informiert, dass nach Rücksprache mit dem staatlichen Schulamt diesem Antrag gefolgt werden kann. Die Vorlage zur Auflösung der Oberschule Sielow wird entsprechend formuliert. Der Ausschuss nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis

## TOP 4.3.

**Herr Sasse** stellte den Denkmalpreis der Stadt Cottbus vor. Mit diesem Preis sollen außerordentliche Denkmalleistungen gewürdigt werden. In einem Ideenwettbewerb waren Architekturstudenten der BTU als Partner zum Gestalten dieses Preises tätig. Am Vorabend zum „Tag des offenen Denkmals“ wird bei einer VA in der Gutsökonomie Branitz dieser Preis vergeben. Herr Sasse stellt diesen Preis auch dem Bauausschuss vor.

F. d. R. Laschuk/Bischoff



Konsequenzen: Änderung der Aufnahmekapazität in Klasse 7 ab 2007/08

T.-Fontane-GeS:	3	+1	⇒	4 Züge
Sandower OS:	2			
Sachsendorfer OS:	2	+1	⇒	3 Züge
P.-Werner-OS:	3		⇒	3 Züge

Gebäude Sandower OS: künftig Grundschule mit Förderschwerpunkt Sprache

Konsequenz für die Sandower Oberschule am Standort Neu-Schmellwitz

Schuljahr	Jgsst. 7	Jgsst. 8	Jgsst. 9	Jgsst.10
06/07	2	2	3	4
07/08	0	2	2	5 (2 Klassen aus Kahren)
08/09	0	0	2	2

### Konsequenzen Gebäude

- ÖPP-Verfahren Gebäude Sandower Oberschule
- Anhalten des Verfahrens - keine Versendung der Verdingungsunterlagen Ende Juni nach politischer Entscheidung Modifizierung der Aufgabenstellung (ab September 2006)
- Januar 2007 Versendung neuer Verdingungsunterlagen
- Mai/Juni 2007 Vertragsabschluss
- voraussichtlich Frühjahr 2008 Baubeginn

